

**Stellungnahmen / Hinweise
aus den Beteiligungen der Behörden, Fachämter und
sonstiger Träger öffentlicher Belange**

**Behördenbeteiligung
gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
vom 21.08.2024 bis 20.09.2024**

**zum Bebauungsplan-Vorentwurf Nr. 03/031
– Nördlich Stromstraße –**

Bebauungsplanverfahren nach § 13a BauGB

Stand der Abwägung Beteiligung § 4 (2): März 2025

I. Liste der Behörden, Fachämter und sonstiger Träger öffentlicher Belange, die abwägungsrelevante Stellungnahmen / Hinweise zum Bebauungsplan-Vorentwurf Nr. 03/031 – Nördlich Stromstraße - vorgebracht haben

1. Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat 53 – Immissionsschutz
Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf
2. Deutsche Telekom Technik GmbH
Prinzenallee 21, 40549 Düsseldorf
3. EU-Networks GmbH
Franklinstraße 61-63, 60486 Frankfurt am Main
4. Geologischer Dienst NRW
De-Greiff-Straße 195, 47803 Krefeld
5. Landesbüro der Naturschutzverbände NRW: NABU
Ripshorster Straße 306, 46117 Oberhausen
6. LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland
Endenicher Straße 133, 53115 Bonn
7. Netzgesellschaft Düsseldorf mbH
Höherweg 200, 40233 Düsseldorf
8. Polizeipräsidium Düsseldorf, Städtebauliche Kriminalprävention
Zollstraße 4, 40213 Düsseldorf
9. Stadtwerke Düsseldorf AG
Höherweg 100, 40233 Düsseldorf
10. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
D2-Park 5, 40878 Düsseldorf
11. Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein
Auf der Münze 8, 50668 Köln
12. Amt 19 – Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz
Brinckmannstraße 7, 40225 Düsseldorf
13. Amt 37/51 – Amt für Feuerwehr, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
Hüttenstraße 68, 40215 Düsseldorf
14. Amt 52 – Sportamt
Arena-Straße 1, 40474 Düsseldorf
15. Amt 53 – Gesundheitsamt
Kölner Straße 180, 40227 Düsseldorf
16. Amt 63 – Bauaufsichtsamt
Brinckmannstraße 5, 40225 Düsseldorf
17. Amt 65 – Liegenschaftsamt
Brinckmannstraße 4, 40225 Düsseldorf



Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

18. Amt 66 – Amt für Verkehrsmanagement
Auf´m Hennekamp 47, 40225 Düsseldorf
19. Amt 67 – Stadtentwässerungsbetrieb
Auf´m Hennekamp 47, 40225 Düsseldorf
20. Amt 68 – Gartenamt
Kaiserswerther Straße 390, 40474 Düsseldorf
21. Amt 69 – Amt für Brücken-, Tunnel- und Stadtbahnbau
Auf´m Hennekamp 45, 40225 Düsseldorf
22. Bezirksverwaltungsstelle – Stadtbezirk 03
Bachstraße 145, 40217 Düsseldorf


Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

II. Behandlung der abwägungsrelevanten Stellungnahmen / Hinweise der Behörden, Fachämter und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan-Vorentwurf Nr. 03/031– Nördlich Stromstraße -


1. Bezirksregierung Düsseldorf, Dez. 53 - Immissionsschutz

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	a) Das LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland, die Untere Denkmalbehörde sowie das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege sind zu beteiligen.	Die Behörden wurden im Bebauungsplanverfahren beteiligt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	b) Zur Einhaltung der verschärften EU-Luftqualitätsrichtlinie ist die Umsetzung des Verkehrsgutachtens erforderlich.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	c) Die Wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung in den Rhein ist zeitnah zu erneuern. Die Hochwasserschutzmaßnahmen sind rechtzeitig abzustimmen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise werden außerhalb des Bebauungsplanverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

2. Deutsche Telekom Technik GmbH


	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Es wird auf den Leitungsbestand im Plangebiet, insbesondere im Bereich Stromstraße, hingewiesen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen des Genehmigungsverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

3. EU-Networks GmbH




	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Es wird auf den Leitungsbestand im Plangebiet hingewiesen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen des Genehmigungsverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen



4. Geologischer Dienst NRW

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Das Plangebiet befindet sich größtenteils in der Gemarkung Hamm und ist der Erdbebenzone I sowie der geologischen Untergrundklasse T zuzuordnen. Eine Teilfläche im Süden des Plangebiets befindet sich in der Gemarkung Neustadt und ist der Erdbebenzone 0 sowie der geologischen Untergrundklasse T zuzuordnen.	Der Hinweis zur Erdbebengefährdung eines Großteils des Plangebiets wird in den Bebauungsplan aufgenommen. Der Stellungnahme wird gefolgt.	


5. Landesbüro der Naturschutzverbände NRW: NABU

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	a) Die Empfehlungen der Artenschutzprüfung und des Grünordnungsplans sind einzuhalten.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	b) Der geplante Ausgleich der 107 zu fällenden Bäume durch 84 Bäume ist zu wenig, es sollen weitere 44 Bäume gepflanzt werden.	Es werden laut GOP 83 Ersatzpflanzungen innerhalb des Plangebiets vorgenommen, davon 62 im Bereich privater Flächen (und entsprechend festgesetzt) sowie 21 auf öffentlichen Flächen. Das verbleibende Defizit von 24 Bäumen wird durch Pflanzungen außerhalb des Plangebiets im Bürgerpark Bilk ausgeglichen. Die grundsätzliche Machbarkeit dieser Pflanzungen wurde im Rahmen des vorlaufenden Wettbewerbsverfahrens nachgewiesen. Eine Sicherung der Baumpflanzungen außerhalb des Geltungsbereichs erfolgt über den städtebaulichen Vertrag. Damit wird der – im Rahmen des BP-Verfahrens entstehende – erforderliche Ausgleich umgesetzt. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.	
	c) Weitere Baumverluste durch den Baustellenverkehr sind ebenfalls zu kompensieren.	Auswirkungen des Baustellenverkehrs auf den Baumbestand werden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens untersucht und bei Bedarf gemäß	


Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
		den Anforderungen der städtischen Baumschutzsatzung ausgeglichen. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	d) Es ist ein Konzept zu erstellen, das Vorgaben für eine faunafreundliche Beleuchtung der neuen Baukörper sowie der Außenanlagen definiert (Lichtkonzept zum Insekten- und Vogelschutz)	Der Bebauungsplan enthält bereits einen Hinweis zur artenschutzkonformen Außenbeleuchtung. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wird ein artenschutzgerechtes Beleuchtungskonzept mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	e) Es ist ein Konzept zur artenschutzgerechten Fassadengestaltung zu erstellen, das präventive Maßnahmen gegen Vogelschlag definiert.	Eine Festsetzung zur Vermeidung von Vogelschlag wurde in den Bebauungsplan aufgenommen. Der Stellungnahme wird gefolgt.	


6. LVR-Amt für Bodendenkmalpflege

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Es sind die Bestimmungen des § 16 DSchG NRW zu beachten und ein Hinweis zum Umgang mit archäologischen Funden in den Bebauungsplan aufzunehmen.	Der Hinweis zum Umgang mit archäologischen Funden wird in den Bebauungsplan aufgenommen. Der Stellungnahme wird gefolgt.	

7. Netzgesellschaft Düsseldorf mbH

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Es wird auf den Leitungsbestand im Plangebiet hingewiesen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen des Genehmigungsverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	


8. Polizeipräsidium Düsseldorf, Städtebauliche Kriminalprävention

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Sicherungsmaßnahmen für das Gelände und das Gebäude sind bei	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und, sofern möglich	


Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
	der Planung und Ausführung des Baus zu beachten.	und sinnvoll im Rahmen des Genehmigungsverfahrens berücksichtigt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	


9. Stadtwerke Düsseldorf AG

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Im Plangebiet befindet sich Leitungsbestand. Es wird auf die Schutzanweisung und laufende Abstimmungen verwiesen. Es werden allgemeine Hinweise zum Leitungsbestand vorgetragen. Es sind Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zu sichern.	Der Leitungsbestand wird nicht in den Bebauungsplan übernommen, da er im Zuge der Baumaßnahmen in Abstimmung mit den Stadtwerken weitestgehend unverlegt wird. Die nicht öffentlichen Flächen im Plangebiet werden als mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger zu belastende Flächen festgesetzt. Die weiteren Hinweise werden in Rahmen der Ausführungsplanung beachtet. Der Stellungnahme wird gefolgt.	

10. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Im Plangebiet befinden sich Telekommunikationsanlagen des Unternehmens.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und außerhalb des Bauleitplanverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	


11. Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Es wird auf die durch die Schifffahrt verursachten Schallemissionen hingewiesen.	Die Schallemissionen der Schifffahrt wurden in der Schalltechnischen Untersuchung (Peutz Consulting GmbH 2023) berücksichtigt. Diese sind gegenüber dem Straßen- und Schienenlärm insgesamt eher untergeordnet zu betrachten.	





Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	



12. A 19 – Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	a) Es wird gefordert, Schalldämmmaße gemäß DIN 4109 festzusetzen. Es ist eine Abwägung der Änderung der Verkehrslärmemissionen im Umfeld erforderlich.	<p>Nach Abstimmungen mit dem Fachamt werden im Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB passive Schallschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit Verkehrslärm festgesetzt. Schutzbedürftige Nutzungen sind gem. DIN 4109 durch technische Vorkehrungen vor Außenlärm zu schützen. Die Schalldämmmaße ergeben aus den jeweiligen maßgeblichen Außenlärmpegeln.</p> <p>Mit der Umsetzung des Bebauungsplans ist ein erhöhtes Verkehrsaufkommen verbunden. Es ergeben sich geringfügige Erhöhungen, zum Teil auch Verringerungen der Verkehrslärmemissionen. Die Immissionsgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) werden an fast allen untersuchten Immissionsorten deutlich überschritten. Ursache für die Überschreitungen stellt aber nicht der mit der Umsetzung des Bebauungsplans verbundene Mehrverkehr dar, sondern die bereits bestehende Verkehrsbelastung. In den Bereichen mit Pegeln, die über der als Schwelle zur Gesundheitsgefährdung angesehenen Grenze von 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts liegen, betragen die Erhöhungen höchstens 0,1 dB. Da Erhöhungen des Verkehrslärms um 1 bis 2 dB für das menschliche Ohr nicht wahrnehmbar sind, kann eine entsprechende planbedingte Erhöhung des Verkehrslärms auch in dem besagten lärmkritischen Bereich oberhalb von 70 dB(A)</p>	


Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
		tags und 60 dB(A) nachts unter Abwägungsgesichtspunkten hingenommen werden. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	b) Die in den strömungstechnischen Untersuchungen zum Thema „Windkomfort/Windgefährdung im bodennahen Außenbereich“ (Wacker 2023) genannten Minderungsmaßnahmen sind zu realisieren.	Die gutachterlich festgelegten Windminderungsmaßnahmen werden im Freiraumkonzept berücksichtigt. Die Umsetzung der Maßnahmen wird im Städtebaulichen Vertrag gesichert. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	c) Im Plangebiet und dessen Umfeld befindet sich die Altablagerung AA 49. Eine Beeinträchtigung durch Gasmigration kann nicht ausgeschlossen werden. Im Plangebiet befinden sich die Altstandorte AS 7507 und 10102.	Derzeit wird ein Sanierungskonzept zur Beseitigung der Altablagerung erstellt und mit dem Fachamt abgestimmt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	d) Es werden Hinweise auf Grundwasserstände sowie Grundwasserverunreinigung und den Umgang im Rahmen von Baumaßnahmen vorgetragen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen des Planvollzugs berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	e) Die Abwassertechnische Erschließung des Plangebietes ist gesichert.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	f) Es werden Hinweise zur Lage am Rhein und außerhalb von Wasserschutzgebieten vorgetragen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	g) Das Plangebiet befindet sich fast vollständig in einem Risikogebiet gem. § 78b WHG. Es wird auf die Hochwassergefahrenkarte der Bezirksregierung verwiesen. Es wird auf die Überflutungsgefahr hingewiesen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt. Die neu geplanten Nutzungen des Landtags werden in hochwasserangepasster Bauweise errichtet. Für Tiefgaragenzufahrten wird eine Mindesthöhe festgesetzt. Die Situation des Rheinturms wird	


Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
		nicht verändert. Weitergehende Maßnahmen sind nicht erforderlich. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	h) Eine Überschreitung von Grenzwerten der 39.BImSchV ist nicht auszuschließen, daher ist eine Festsetzung zur Tiefgaragenentlüftung in den Bebauungsplan aufzunehmen.	Der Festsetzungsvorschlag wird in den Bebauungsplan aufgenommen. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	i) Es wird auf Maßnahmen zur Reduzierung der thermischen Belastung hingewiesen.	Der architektonische Entwurf enthält eine Vielzahl von Maßnahmen zur Reduzierung der thermischen Belastung (z.B. Begrünung der Freiflächen und Dächer, Verschattung durch Baukörper, Reduzierung der Sonneneinstrahlung, Verringerung des Energiebedarfs, Niederschlagswassermanagement) . Der Bebauungsplan ermöglicht durch seine Festsetzung die Umsetzung dieser Maßnahmen. Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

13. A 37/51 – Amt für Feuerwehr, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz


	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Es wird auf die Belange und Anforderungen des Brandschutzes hingewiesen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

14. A 52 – Sportamt






	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Eine Beeinträchtigung der Marina im angrenzenden Zollhafen ist zu vermeiden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

15. A 53 - Gesundheitsamt






	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Die Grundsatzliste Gesundheitsschutz für die Bauleitplanung (Januar 2019) ist zu berücksichtigen.	Die Grundsatzliste Gesundheitsschutz für die Bauleitplanung wird im Planverfahren berücksichtigt. Der Stellungnahme wird gefolgt.	

16. A 63 – Bauaufsichtsamt


	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	a) Die Anlagen zur Energiegewinnung sind bei der Festsetzung Gebäudehöhen zu berücksichtigen.	Die Anlagen zur Energiegewinnung werden bei der Festsetzung von Gebäudehöhen berücksichtigt. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	b) Hinsichtlich der Abstandsflächen liegen keine Bedenken vor.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	c) Der Rheinturm und Landtag sind als potentielle Denkmäler gelistet. Eine vorhabenbedingte Beeinträchtigung wird nicht erwartet. Bei einer Unterschutzstellung Landtags ist der Erweiterungsbau eingehend zu prüfen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	d) Die Bezirksregierung Düsseldorf ist im Bebauungsplanverfahren zu beteiligen.	Die Bezirksregierung wurde im Bebauungsplanverfahren beteiligt. Es liegen keine denkmalpflegerischen Bedenken vor. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	e) Die Bodendenkmalpflegerischen Hinweise sind zu berücksichtigen.	Im Bebauungsplan auf die Berücksichtigung bodendenkmalpflegerischer Belange hingewiesen. Der Stellungnahme wird gefolgt.	

Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen






17. A 65 - Liegenschaftsamt

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	a) Im Plangebiet befinden sich Grundstücke im Eigentum der Landeshauptstadt und Dritter. Zudem wird auf derzeitige Nutzungen im Plangebiet hingewiesen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	b) Die bestehende technische Infrastruktur sowie Grundwasserverunreinigung sind im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	c) Es wird auf die Lage des Plangebietes im Hochwasserrisikogebiet hingewiesen.	Der Bebauungsplan enthält einen Hinweis zur Lage im Hochwasserrisikogebiet. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	d) Der Inhalt des Memorandum of Understanding zwischen Oberbürgermeister, BLB NRW und dem Landtagspräsidenten ist im Bebauungsplan zu berücksichtigen.	Das Memorandum of Understanding wurde im Bauleitplanverfahren berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	e) Zur Umsetzung des Vorhabens ist eine Grundstücksumlegung erforderlich.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

18. A 66 – Amt für Verkehrsmanagement

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	a) Für die weitere Planung, auch Freiraumplanung, ist ein Verkehrsplanungsbüro erforderlich. Für die Wegebeziehungen außerhalb von öffentlichen Verkehrsflächen ist die Einräumung von GF-Rechten zugunsten der Öffentlichkeit festzusetzen.	Ein Verkehrsplanungsbüro ist in den Planungsprozess involviert. Der überwiegende Teil des Sondergebiets für die Landtagserweiterung wird als mit Geh- und Fahrradfahrrechten zu belastende Fläche festgesetzt. Der Stellungnahme wird gefolgt.	


Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
	b) Die Begründung zum Bebauungsplan ist um redaktionelle Anpassungen zu ergänzen.	Die Begründung wird entsprechend angepasst. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	c) Im Verkehrsgutachten (Kapitel 5.1) soll die Qualität der Zufußgehenden mit aufgeführt werden.	Die Verkehrsqualität der Zufußgehenden wird im Gutachten berücksichtigt. Nähere Informationen können dem Verkehrsgutachten, Anlage zu Kapitel 5 entnommen werden. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	d) Die Finanzierung der Amt 66 betreffenden Maßnahmen und die Grundstücksregelungen werden im Städtebaulichen Vertrag festgelegt.	Die Finanzierung von Maßnahmen und Grundstücksregelungen werden im städtebaulichen Vertrag festgelegt. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	e) Es wird ein Stellplatzkontingent für die Anwohnerschaft gewünscht. Auch die Mehrfachnutzung von Stellplätzen ist möglich. Es wird angeregt eine Mobilitätsstation, sowie ergänzend Sharingstationen zu berücksichtigen.	Ein zusätzliches Stellplatzangebot für die Anwohnerschaft, auch in Form einer Quartiersgarage kann innerhalb der Sondergebiete planerisch nicht abgebildet werden. Eine Mehrfachnutzung der Tiefgaragenstellplätze für die Anwohnerschaft ist aus Sicherheitsgründen nicht realisierbar. In der Umgebung des Plangebiets befinden sich mehrere Mobilitätsstationen (Horionplatz, Stadttor). Am Apolloplatz befindet sich ein Radverleih. Insofern besteht bereits ein umfassendes Angebot auf öffentlichen Flächen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.	
	f) Das Amt hat Rückfragen und Anregungen zu den Festsetzungen Dachbegrünung und PV-Anlagen, Ableitung Niederschlagswasser, Standorte der Transformatoren, Baumpflanzungen und zur Überflutungsgefahr.	Die Kombination von Dachbegrünung und PV-Anlagen wird durch die Festsetzungen nicht verhindert. Die Ableitung belasteten Niederschlagswassers betrifft weitestgehend nur die öffentlichen Flächen. Eine Verwendung des innerhalb des Sondergebiets SO2 anfallenden belasteten	



Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
		<p>Niederschlagswassers ist aufgrund der geringen anfallenden Menge voraussichtlich nicht sinnvoll umsetzbar. Eine Ableitung des übrigen Niederschlagswassers wird nur im Falle einer Überlastung der Kapazitäten der geplanten Rückhaltung erfolgen. Die konkrete Planung erfolgt im nachgelagerten Genehmigungsverfahren.</p> <p>Standorte für Transformatoren werden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens mit den zuständigen Behörden abgestimmt.</p> <p>Das Bewirtschaftungskonzept sieht eine Sammlung anfallenden Niederschlagswassers an ein bis zwei Standorten vor. Dieses soll für die Bewässerung der Baumstandorte eingesetzt werden. Eine Festsetzung der konkreten Bewässerungsmaßnahme (z.B. Baumrigolen) ist nicht möglich oder vorgesehen.</p> <p>Der Bebauungsplan enthält bereits einen Hinweis zu erforderlichen Schutzmaßnahmen der Starkregenvorsorge.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p>	



19. A 67 - Stadtentwässerungsbetrieb

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	a) Die Entwässerungstechnische Erschließung der Wasserschutzpolizei und des Landtags sind nicht sichergestellt. Die GFL-Rechte sind auf geplante Leitungsführung abzustimmen, die bestehenden Anschlüsse von Rheinturm und WDR sind zu berücksichtigen.	<p>Die konkrete entwässerungstechnische Planung erfolgt im Nachgang des Bauleitplanverfahrens, umfassende GFL-Rechte stellen Umsetzbarkeit sicher.</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p>	





Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
	b) Das Amt macht einen Textvorschlag zum Thema Ver- und Entsorgung der Städtebaulichen Begründung.	Die Textanpassung wird in die Städtebauliche Begründung übernommen. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	c) Es werden Hinweise zu den Formulierungen zur Lage des Plangebietes in einem Hochwasserrisikogebiet für die Städtebauliche Begründung (Teil B-Umweltbelange) genannt.	Der Hinweis wird in die Städtebauliche Begründung zum Bebauungsplan und Textfestsetzungen übernommen. Der Stellungnahme wird gefolgt.	


20. A 68 – Gartenamt

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	a) Das Amt macht Festsetzungsvorschläge zu der Eingrünung der Technikaufbauten, zum Mindestanteil der Dachbegrünung sowie zur Grundstückseingrünung des SO 2.	Der Umfang der Dachbegrünung orientiert sich am konkret geplanten Bauvorhaben und den damit einhergehenden Begrünungsmöglichkeiten. Darüberhinausgehende Begrünungsmaßnahmen lassen sich deshalb nicht umsetzen. Der Festsetzungsvorschlag zur Eingrünung der Technikaufbauten wird nur in Teilen übernommen. Die aufgeständerten Photovoltaikanlagen als prägende Technikaufbauten sind Bestandteil des architektonischen Konzepts. Die übrigen Aufbauten werden durch die Photovoltaikanlagen und die Dachbegrünung in Form der Großsträucher weitestgehend verdeckt. Insofern sind zusätzliche Vorgaben für die Eingrünung nicht erforderlich. Die Festsetzung der Grundstücksbegrünung wird angepasst. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.	
	b) Es sind Festsetzungen und Hinweise zur Vermeidung von Vogelschlag, zur Beschränkung von Fäll- und Rodungsarbeiten sowie artenschutzkonforme	Festsetzungen zur Vermeidung von Vogelschlag sowie Hinweise zur Beschränkung von Fäll- und Rodungsarbeiten sowie artenschutzkonforme	

Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
	Außenbeleuchtung aufzunehmen.	Außenbeleuchtung werden in den Bebauungsplan übernommen. Der Stellungnahme wird gefolgt.	
	c) Die Qualität des Bürgerparks als wichtiger Freiraumbaustein ist in der Begründung darzustellen. Eine Beeinträchtigung des Bürgerparks durch Baustraßen ist zu vermeiden.	Die Bedeutung des Bürgerparks als wichtiger Freiraumbaustein ist nun in der Begründung dargestellt. Es wird angestrebt, eine Beeinträchtigung des Bürgerparks während der Bauphase weitestgehend zu vermeiden. Im Rahmen des nachgelagerten Baugenehmigungsverfahrens werden in Abstimmung mit dem Gartenamt Varianten zur Abwicklung des Baustellenverkehrs geprüft, um eine Minimierung der Beeinträchtigungen sicherstellen zu können. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.	
	d) Eine weitere Stellungnahme des Amtes zum Umweltbericht ist im Rahmen der Offenlage möglich.	Der Hinweis wird im Planverfahren beachtet. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	
	e) Der Grünordnungsplan zum Bebauungsplan ist redaktionell aufgrund der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie nach Abschluss des Städtebaulichen Vertrags anzupassen.	Der Grünordnungsplan wird zur öffentlichen Auslegung aktualisiert und mit dem Gartenamt abgestimmt. Der Stellungnahme wird gefolgt	
	f) Es werden Hinweise zu grünplanerischen Inhalten und zum Artenschutz im Städtebaulichen Vertrag benannt.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	


21. A 69 – Amt für Brücken-, Tunnel- und Stadtbahnbau

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Das Plangebiet befindet sich im Bereich des Schutzstreifens des Rheinufertunnels. Die Standsicherheit, Verkehrssicherheit, Dauerhaftigkeit und Gebrauchstauglichkeit des	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	

Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
	Bauvorhabens sind nachzuweisen.		

22. BV 3 - Bezirksverwaltungsstelle – Stadtbezirk 03

	Stellungnahme / Hinweis	Abwägungsvorschlag bzw. Antwort	
4(2)	Die zu fällenden Bäume sollten möglichst innerhalb des Plangebietes verpflanzt werden.	<p>Eine Verpflanzung der zu fällenden Bäume innerhalb des Plangebietes ist nicht sinnvoll umsetzbar, da aufgrund der zu erwartenden Dauer der Bauphase eine zwischenzeitliche Pflanzung an einem anderen Ort erforderlich wäre. Eine mehrfache Verpflanzung stellt eine maßgebliche Beeinträchtigung des Erhaltungszustands der Bäume dar.</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p>	

Stellungnahme wird:  gefolgt  teilweise gefolgt  nicht gefolgt  zur Kenntnis genommen